

LEHREN. LERNEN. NEUGIER WECKEN.

1. FRÜHE FÖRDERUNG PRÄGT ALLE WEITEREN LERNPHASEN.
2. DIE SOZIALE HERKUNFT DARF NICHT DEN BILDUNGSERFOLG BESTIMMEN. 3. EINE NEUE LERNKULTUR BEDEUTET VERFÜHRUNG ZUM LERNEN STATT ZWANG ZUM BÜFFELN.
4. LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN ERLAUBT INDIVIDUELLE FÖRDERUNG UND BESSERE UNTERRICHTSQUALITÄT. 5. GANZTAGSSCHULEN SCHAFFEN EINEN PRODUKTIVEN SOZIAL- UND LERNRAUM. 6. MEHR FLEXIBILITÄT IN DER BERUFLICHEN BILDUNG ERHÖHT DIE CHANCEN AUF EINEN QUALIFIZIERTEN ABSCHLUSS. 7. BILDUNGSSTANDARDS ORIENTIEREN SICH AN LERNERERGEBNISSEN STATT AM LEHRPLAN. 8. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERFORDERT MEHR STUDIENLEBENS LANGES LERNEN ERFORDERT PASSGENAUE ANGEBOTE. 9. FINANZIERT. 10. DAS BILDUNGSSYSTEM IST UNZUREICHEND HEN IN DER BILDUNGSPOLITIK SCHAFFT VERGLEICHBARKEIT UND SICHERT GLEITENDE ÜBERGÄNGE. 11. EIN LÄNDERÜBERGREIFENDES VORGEHEN IN DER BILDUNGSPOLITIK SCHAFFT VERGLEICHBARKEIT UND SICHERT GLEITENDE ÜBERGÄNGE.

LEHREN, LERNEN, NEUGIER WECKEN

Das Thema Bildung hat Konjunktur. Dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass kaum Einigkeit darüber herrscht, was unter Bildung zu verstehen und wie eine umfassende Bildung zu erreichen ist. Versuchen wir eine Annäherung: *Persönliche Bildung* ist nach Hartmut von Hentig das, was der sich bildende Mensch aus sich zu machen sucht. *Praktische Bildung* hilft, sich in der Welt zu orientieren, eine Ausbildung abzuschließen und einen Beruf auszuüben. *Soziale und politische Bildung* sind Voraussetzung für die Teilnahme an einem lebendigen und aufgeklärten Gemeinwesen. Neben der Familie sind die Bildungsinstitutionen verantwortlich dafür, dass diese Bildungsformen für jeden Einzelnen zugänglich sind. Dabei müssen sie sich daran messen lassen, inwieweit sie Leistungsfähigkeit und hohe Leistungsanforderungen mit Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit verbinden.

1. FRÜHE FÖRDERUNG PRÄGT ALLE WEITEREN LERNPHASEN.

Über 90 Prozent der 3- bis 6-Jährigen besuchen Kindertageseinrichtungen; für die unter 3-Jährigen stehen dagegen nicht genügend Plätze zur Verfügung. Bis 2013 sollen nun 35% der Kinder unter drei in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut werden. Diesen Kindertageseinrichtungen fallen pädagogische Aufgaben zu, die weit über reine Betreuung hinausgehen: Erziehung, frühkindliche Bildung, der Erwerb sozialer Kompetenzen und die individuelle Förderung für Kinder aus sozial schwachen Familien. In diesem Bereich, der als Vorstufe der Grundschule und integraler Teil des Bildungssystems verstanden wer-

den muss, sind quantitative und qualitative Verbesserungen dringend geboten:

- Ein **Rechtsanspruch** sichert eine für alle zugängliche gebührenfreie Kinderbetreuung.
 - **Höherqualifizierung der Erzieher/innen:** Ein moderneres Curriculum und berufsbegleitende Weiterbildung sowie eine akademische Ausbildung (zum Bachelor oder als duale Hochschulausbildung) für einen hohen Anteil der Erzieher/innen werten das Berufsbild auf und tragen zu qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung bei.
 - Die **Finanzierung des Ausbaus** der Krippen, Kitas und Kindergärten sowie der höheren Entlohnung der Erzieher/innen erfordern klare politische Prioritäten.
- Thesenpapier Familienpolitik (Projekt Zukunft 2020 der Friedrich-Ebert-Stiftung)

2. DIE SOZIALE HERKUNFT DARF NICHT DEN BILDUNGSERFOLG BESTIMMEN

In jedem Land der Welt sind materielle und immaterielle Ressourcen unterschiedlich verteilt. Soziale Ungleichheit ist nicht nur ein deutsches Problem. Die internationalen Schulleistungsstudien der vergangenen Jahre haben allerdings dringenden Handlungsbedarf für Deutschland aufgedeckt: In kaum einem anderen OECD-Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer oder ethnischer Herkunft eines Menschen und seiner Bildungskarriere so eng wie in Deutschland. Kinder aus der oberen Dienstklasse haben eine deutlich höhere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als Kinder un- und angelernter Arbeiter – und das bei gleichen Kompetenzwerten. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch falsch: Deutschland kann auf das Potenzial dieser Kinder nicht verzichten.

Eine Ursache für diesen negativen Befund stellt das dreigliedrige Schulsystem mit sei-

ner frühzeitigen Aufteilung der Schüler/innen auf unterschiedliche Schulformen dar. Öffentlicher Druck bleibt jedoch wider Erwarten aus: Gerade diejenigen, welche die Benachteiligungen am deutlichsten spüren, zeigen sich an politischen Prozessen oft wenig interessiert. Die Mehrheit der deutschen Eltern scheint hingegen zu glauben, dass ihre Kinder – sofern sie die Realschule oder das Gymnasium besuchen – von der Trennung der Schulformen profitieren. Auch der politische Druck bleibt aus: die bildungspolitische Praxis ist durch ideologische Grabenkämpfe geprägt; schulstrukturelle Fragen wurden lange vermieden.

- Die Lösungswege für den Wechsel von einem traditionell auslesenden zu einem fördernden und fordernden Bildungssystem sind auch in Deutschland klar: ganztägige Bildungseinrichtungen, frühe individuelle Förderung sowie längeres gemeinsames Lernen, verbunden mit einer Reform des bisher dreigliedrigen Schulsystems.
- Ein **Mentalitätswechsel** ist erforderlich. Es fehlt weniger am Wissen über die Wirkung solcher Reformen denn am gesellschaftlichen Willen und politischer Durchsetzungskraft. Auch erfolgreiche Modellprojekte werden die vorhandenen Probleme ohne eine grundlegende Reform der Schulstrukturen nicht lösen.
- ▶ Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg – Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III (Dokumentation des Netzwerk Bildung, Januar 2008)

3.
EINE NEUE LERNKULTUR
BEDEUTET VERFÜHRUNG ZUM
LERNEN STATT ZWANG
ZUM BÜFFELN.

Der erforderliche Mentalitätswechsel in der Bildungspolitik muss bei der Lernkultur beginnen. Lehrerinnen und Lehrer sind weit

mehr als Wissensvermittler. Sie sollen das Kind zum Lernen motivieren und durch ein Klima der Anerkennung jedem Einzelnen das Gefühl geben, etwas erreichen zu können.

- Eine Reform der **Lehrerbildung** ist der Schlüssel für Veränderungen in der Lernkultur. Didaktik und Pädagogik verdienen dabei einen höheren Stellenwert. Zur Vermittlung moderner Unterrichtskonzepte gehört das Lernen mit neuen Medien.
- **Elternmitarbeit** soll ermöglicht und attraktiv gemacht werden. Dies gilt besonders für diejenigen, die bei klassischen Elternabenden schwer erreichbar sind.
- **Lernorientierung**: Der feste Stundentakt im 45-Minuten-Rhythmus engt die Lernmöglichkeiten zu sehr ein. Lernen in größeren zusammenhängenden Blöcken, bei dem sich Frontalunterricht in kleinen Klassen mit Team- und Projektarbeit abwechselfert, ist wesentlich effektiver als der in Deutschland übliche fragend entwickelnde Unterricht. Jugendliche müssen dabei Anerkennung erfahren, um Vertrauen in die eigenen kognitiven Fähigkeiten entwickeln zu können.
- Der **Schulkanon** muss abgespeckt werden. Grundlagenwissen ist unabdingbar. Darüber hinaus sollte der Kompetenzerwerb im Vordergrund stehen: Die Fähigkeit zum Lernen und das Training von Auffassungsgabe, Kritik-, Analyse- und Darstellungsfähigkeit haben einen höheren Stellenwert als der Erwerb von rasch überholtem Fachwissen. Fachkompetenz wird mehr über das Verstehen und Darstellen von Strukturen und Zusammenhängen erworben als durch Detailwissen.
- ▶ Der Bildungsbegriff im Wandel – Verführung zum Lernen statt Zwang zum Büffeln (Dokumentation des Netzwerk Bildung, Juli 2007)

4. LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN ERLAUBT INDIVIDUELLE FÖRDERUNG UND BESSERE UNTERRICHTSQUALITÄT.

Schulformen sind kein Selbstzweck, sondern sollen einen optimalen organisatorischen Rahmen bieten – das dreigliedrige Schulsystem bietet diesen Rahmen nicht mehr. Ohne integrative Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird, wird es weder einen Abbau sozialer Segregation geben, noch kann die Leistungsfähigkeit aller Schüler/innen – ob mit Hochbegabungen oder mit Lerndefiziten – ausgeschöpft werden.

- **Gemeinschaftsschule:** Das Schulsystem muss sich ändern, weg von der Dreigliedrigkeit zu einer Schule für alle. Dabei muss jedoch den Ängsten vor einer völligen Aufhebung des Gymnasiums und dem daraus resultierenden Widerstand Rechnung getragen werden. Deshalb ist der nächste Schritt die Zusammenfassung der Haupt-, Real- und evtl. weiterer Schulen zu einer Schule neben dem Gymnasium. Das bedeutet die Umstellung auf ein **zweigliedriges System**, wie sie in mehreren Bundesländern vorgenommen wurde oder vorgesehen ist: Berlin: Sekundarschule; Hamburg: Stadtteilschule; Rheinland-Pfalz: Realschule Plus; Sachsen: Mittelschule; Schleswig-Holstein: Gemeinschaftsschule/Regionalschule etc. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass es sich hierbei nur um die zweitbeste Variante handelt.
- **Heterogenität ist produktiv:** Dem starken Glauben, dass nur homogene Gruppen besonders leistungsstark sind, muss entgegen gewirkt werden. Die internationalen Vergleichsstudien zeigen, dass in heterogenen Gruppen mit unterschiedlichem Kompetenzniveau *alle* Schülergruppen, die starken wie die schwächeren, enorme Leistungssteigerungen erreichen.
- **Individuelle Förderung** ist nicht defizitorientiert („Sitzenbleiben verhindern“), son-

dern bedeutet die Entwicklung von individuellen Arbeitsplänen für jeden Schüler unter Berücksichtigung von Lerntempo, Bedürfnissen und Fähigkeiten. Es bedeutet, Lernschwächen auszugleichen sowie besondere Begabungen zu entfalten. Förderkonzepte werden zwischen Lehrern, Eltern und Schülern abgestimmt.

- Schulen und Lehrer müssen **Verantwortung für Schüler** übernehmen: Momentan gibt das Schulsystem Anreize, Schüler durch Sitzen bleiben auszusortieren oder sie durch Nachhilfe auf das geforderte Niveau zu bringen. In beiden Fällen wird die Verantwortung ausgelagert; sozial schwach gestellte Familien werden überlastet.
- ▶ Schulstrukturelle Perspektiven für das allgemein bildende Sekundarschulwesen (Positionspapier des Netzwerk Bildung, Mai/Juni 2009)

5. GEBUNDENE GANZTAGSSCHULEN SCHAFFEN EINEN PRODUKTIVEN SOZIAL- UND LERNRAUM.

Laut PISA kommt mehr als jeder fünfte 15-jährige nicht über die untersten Kompetenzstufen beim Lesen hinaus: er kann lesen, versteht das Gelesene aber kaum. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund - in Deutschland ca. 20% der Schüler – müssen laut Bildungsbericht 2008 der OECD „in allen Stufen des Schulsystems“ mit „Benachteiligungen“ rechnen. Zum Abbau dieser Benachteiligungen weisen Ganztagschulen ein hohes Potenzial auf. Diese Vorteile können sich jedoch nur in gebundenen, nicht in offenen Ganztagschulen entfalten.

- Die Ganztagschule bietet bessere Fördermöglichkeiten, ein produktiveres Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern sowie die Einbeziehung des schulischen Umfelds. Attraktive Angebote, die **Freizeit und Unterricht miteinander verknüpfen**, schaffen einen produktiven Sozialraum,

der die (Lern-) Entwicklung der Schüler spürbar verbessert. In einer klar strukturierten Umgebung werden soziale Fähigkeiten eingeübt und die Schüler an eigenverantwortliches Handeln herangeführt. Mit den Worten Hartmut von Hentigs: „Unterricht bildet, die Organisation der Schule erzieht“.

- Umfassende Förderung setzt die ganztägige Anwesenheit der Lehrer/innen voraus; sie kann die zusätzliche Einbindung von Lehrerassistenten einschließen. Von hoher Bedeutung ist der Ausbau der **Schulsozialarbeit** und psychologischer Betreuung.
- Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Da **Sprachdefizite** ein großes Handicap auf dem Weg zum Bildungserfolg sind, muss das Erlernen der deutschen Sprache früh beginnen und durch muttersprachlichen Unterricht unterstützt werden.
- ▶ Zusammen.Leben.Lernen – Bildungssystem in einer Einwanderungsgesellschaft (Dokumentation des Netzwerk Bildung, Februar 2007)

6. MEHR FLEXIBILITÄT IN DER BERUFLICHEN BILDUNG ERHÖHT DIE CHANCEN AUF EINEN QUALIFIZIERTEN ABSCHLUSS.

Erstmals seit Jahren überstieg 2008 die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze wieder die Nachfrage eines Schulabgängerjahrgangs. Problem gelöst? Keineswegs. 2006 gingen in der beruflichen Bildung 43% eines neuen Jahrgangs in die duale Ausbildung, 40% landeten im Übergangssystem und 17% besuchten das Schulberufssystem. Das Übergangssystem ist zu teuer und für die Jugendlichen oft eine Einbahnstraße. Die Perspektive für Hauptschüler bleibt schlecht, ein Migrationshintergrund verringert die Chancen zusätzlich. Erschwerend kommt hinzu, dass 2006 76.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss verließen.

- Um die Qualität der Berufsausbildung zu stärken und für eine höhere Praxisorientierung zu sorgen, ist eine enge Verzahnung von Betrieb und Schule erforderlich. Neben dem dualen System muss die vollzeitschulische Ausbildung ausgeweitet werden. **Modulare Ausbildungsbausteine** schaffen zusätzlich eine Alternative zum Übergangssystem: Jugendliche erhalten damit Kompetenzen und Qualifikationen, die für die weitere Berufsausbildung angerechnet werden.
- Die Übergänge zwischen Schularten müssen erleichtert, Barrieren abgebaut und Universitäten durchlässiger für Quereinsteiger werden. Alle Bundesländer bieten ein „**Studium ohne Abitur**“ an, also einen Hochschulzugang auf Basis beruflicher Qualifikationen. Diese Zugangsregelungen müssen vereinheitlicht und stärker publik gemacht werden, um auch darüber die Zahl der Studienanfänger zu erhöhen.
- ▶ Berufsbildung im Umbruch – Signale eines überfälligen Aufbruchs (Studie von Martin Baethge, politische Empfehlungen des Netzwerk Bildung, Januar 2007)
- ▶ Jugendliche ohne Abschluss (Kurzgutachten des BIBB, März/April 2009)

7. BILDUNGSSTANDARDS ORIENTIEREN SICH AN LERNERGESULTATEN STATT AM LEHRPLAN.

Mit der Einführung nationaler Bildungsstandards 2003 und 2004 hat die KMK einen Wechsel von der in Deutschland traditionellen input- zur international üblichen outputorientierten Steuerung des Schulwesens eingeleitet. Statt durch detaillierte Regelungen den Unterricht zu steuern, werden mit den Bildungsstandards Zielvorgaben gesetzt, die es zu erreichen gilt. Der Weg dahin bleibt weitgehend den Akteuren überlassen, der Erfolg der unterschiedlichen Maßnahmen wird durch nationale Vergleichsarbeiten überprüft. In der Praxis hat

sich diese neue Steuerungsstrategie noch nicht durchgesetzt, auch nicht die mit Bildungsstandards international verbundene von zentralen Lehrplänen losgelöste Gestaltung des Unterrichts.

- **Abstimmung und Kontinuität:** Die Bildungsstandards werden in den Bundesländern sehr unterschiedlich umgesetzt: teilweise durch eigene Standards für jedes Schulfach, teils durch geringfügige Anpassung der Lehrpläne. Will man die Standards als nationales Steuerungsinstrument und als Teil des Bildungsmonitorings einsetzen, dann müssen sie auch flächendeckend und einheitlich umgesetzt werden.
 - Schulen brauchen mehr **Autonomie**. Zentrale Vorgaben wie Bildungsstandards können nur dann zu einem Instrument schulischer Qualitätsentwicklung werden, wenn Schulen mehr Freiheit bei der Gestaltung des Schulalltags erhalten und ein eigenes Profil entwickeln. Unterstützungssysteme vor Ort können dabei helfen.
 - **Information und Fortbildung:** In der Praxis haben sich die nationalen Bildungsstandards auch deshalb noch nicht durchgesetzt, weil Lehrer/innen nicht um ihre pädagogischen Möglichkeiten wissen. Stattdessen fühlen sich viele Lehrkräfte durch die Vergleichstests überfordert und sind in Sorge, für die Ergebnisse als Einzelschule, als einzelner Lehrer verantwortlich gemacht zu werden. Hier sind gezielte und verpflichtende **Lehrerfortbildungen** für das Kollegium notwendig.
- Bildungsstandards als Instrument schulischer Qualitätsentwicklung (Dokumentation des Netzwerk Bildung, Mai 2009)

© by Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Stabsabteilung
Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler
Gestaltung: minus Design, Berlin
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Printed in Germany 2009

Kontakt:
Marion Stichler
tel: 030-26 935 7052
<http://www.fes.de/stabsabteilung/>
→ Bildung, Forschung, Innovation
<http://www.fes.de/zukunft2020/>

8. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERFORDERT MEHR STUDIERENDE UND VERBESSERTE STUDIENBEDINGUNGEN.

Deutschland liegt mit einer Studienanfängerquote von 39% im Jahr 2008 deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Ähnliches gilt für die Zahl der Hochschulabsolventen, die generell – auch aufgrund der zu geringen Zahl von weiblichen Absolventen – und vor allem bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu niedrig ist. Abbruchquoten von durchschnittlich 21% (in einzelnen Studiengängen noch deutlich höher) weisen darauf hin, dass die Studenten ungenügend vorbereitet bzw. informiert sind oder die Studienbedingungen zu schlecht sind.

- Eine Neuregelung der **Hochschulfinanzierung** („Geld folgt Studierenden“) kann Anreize bei den Ländern schaffen, deutlich mehr Studienplätze zu finanzieren.
 - Höhere Qualität der Hochschulausbildung setzt verbesserte Betreuungsrelationen und Studienbedingungen (Ausstattung/Öffnungszeiten der Bibliotheken, Mittel für Tutoren/Mentoren zur Arbeit in Kleingruppen, Beratungs- und Servicestellen, Kinderbetreuung, Kooperationen mit Unternehmen) voraus. **Leistungen in der Lehre** müssen den gleichen Stellenwert wie Forschungserfolge erhalten.
 - Das **Erststudium** muss gebührenfrei sein. Studiengebühren überlasten potenzielle Student/innen aus einkommensschwachen Haushalten. Gleichzeitig müssen deutlich mehr Stipendienprogramme sowie sozialverträgliche und gedeckelte Kredite zur Finanzierung des Studiums angeboten werden.
- Leitbild für eine internationale Spitzenuniversität in Deutschland (Dokumentationen des Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen, Herbst 2008)

Die Umstellung auf Bachelor und Master hatte verkürzte Studienzeiten und eine Senkung der Abbruchquoten zum Ziel. Bisher sind die Umstellungsschwierigkeiten jedoch groß: die Anerkennung der Abschlüsse ist europaweit nicht immer gegeben, die Aufgabenteilung zwischen FH und Hochschulen ungeklärt, die Studiengänge sind oft nicht internationaler geworden. Praktika und Auslandssemester leiden unter den engen zeitlichen Vorgaben.

- Durch eine Neuauflage des **Hochschulpakts** lassen sich mehr Studienplätze bereitstellen, ergänzend ist eine Erhöhung der Fachhochschulkapazitäten hilfreich.
- **Duale Studiengänge**, die eine Berufsausbildung einschließen, können zu mehr Praxisorientierung verhelfen.
- ▶ Bildung macht reich – Mehr Praxisorientierung in Bildung und Weiterbildung (Thesenpapier des Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2009)

9. LEBENSLANGES LERNEN ERFORDERT PASSGENAUE ANGEBOTE.

Die Erwerbsbeteiligung bei Älteren ab 55 Jahren ist – auch aufgrund von mangelnder Weiterbildung – zu niedrig. Gleichzeitig sinkt demographisch bedingt die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote und die Jahrgänge werden kleiner. Eine insgesamt geringere Zahl von Menschen muss deshalb besser qualifiziert werden: Lernen darf nicht nach der Schule oder nach dem Studium enden. Doch ist die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten in Deutschland sehr niedrig, besonders Ältere und gering Qualifizierte werden nicht zur Weiterbildung ermutigt. Negative Bildungserfahrungen und Versagensängste stellen ebenso hohe Barrieren für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen dar wie ein Mangel an passgenauen, individuelle Bedürfnisse ansprechenden Angeboten. Am leichtesten wird die Motivation zum selbständigen Lernen in

einer guten Schulausbildung gelegt, doch auch später muss kontinuierlich zum Weiterlernen motiviert und befähigt werden.

- Das Recht auf eine **2. Chance** bedeutet, jederzeit einen Schul- bzw. Berufsabschluss nachholen zu können.
- Bessere Weiterbildung setzt **Beratungsangebote** für Arbeitgeber, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, voraus, um eine den Bedürfnissen des Betriebes angepasste Weiterbildung zu finden. Durch Anstöße des Betriebes können besonders Ältere und gering Qualifizierte bei der Weiterbildung besser angesprochen werden. Weiterbildungsmaßnahmen können auch über Tarifverträge fest verankert werden, um die Beteiligung daran zu steigern.
- Für Arbeitnehmer sollte – neben der Motivation durch den Betrieb – eine mühelos zugängliche, **lebensbegleitende Bildungsberatung** angeboten werden.
- Berufsbegleitende Angebote, eine **Öffnung der Universitäten** und regionale Konzepte helfen bei der Umsetzung.
- ▶ Weiterbildung – ein Privileg? Lebenslanges Lernen in einer alternden Gesellschaft (Studie von Nicolas Gatzke / Bert Rürup, Empfehlungen des Netzwerk Bildung, November 2007)

10. DAS BILDUNGSSYSTEM IST UNZUREICHEND FINANZIERT.

Deutschland investiert zu wenig in Bildung. Im Jahr 2006 flossen 142,9 Mrd. in das Bildungssystem (öffentlich und privat), das entspricht 6,2% des BIP – unzureichend im europäischen und internationalen Vergleich. Zieht man noch die Ausgaben für Weiterbildung (13,7 Mrd.) ab, bleiben 129,6 Mrd. an öffentlichen und privaten Bildungsausgaben übrig. Das entspricht 5,6% des BIP, Tendenz sinkend. Ein eklatanter Widerspruch zwischen öffentlicher Rhetorik und der faktischen Höhe der Bildungsausga-

ben wird deutlich. Das im Januar 2009 verabschiedete Konjunkturpaket II schafft Abhilfe bei überfälligen Bauinvestitionen, jedoch nicht darüber hinaus.

- Nach den Beschlüssen des Bildungsgipfels soll Deutschland bis 2015 **10% des BIP in Bildung und Forschung** investieren. Dies gilt auch und gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten, da wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Wohlstand eng mit dem Qualifizierungsniveau der Bevölkerung verknüpft sind.
- Im schulischen Bereich sollen demnach demographisch bedingte Minderausgaben für das Schulsystem verfügbar bleiben. Diese **demographische Rendite** kann für die Einrichtung von Ganztagschulen, höhere Ausgaben für Lehr- und Lernmittel und verbesserte Arbeit mit der Gruppe der sog. Risikoschüler eingesetzt werden.
- Die Realisierung dieser und weiterer Ziele erfordert, dass Bildungsausgaben in öffentlichen Haushalten als **investive Ausgaben** anerkannt und die Beteiligung des Bundes bei Infrastrukturmaßnahmen und Sonderprogrammen vereinfacht wird.
- ▶ Bildungsausgaben im föderalen System: Zur Umsetzung der Beschlüsse des ‚Bildungsgipfels‘ (Studie von Klaus Klemm, März 2009)

11. EIN LÄNDERÜBERGREIFENDES VORGEHEN IN DER BILDUNGSPOLITIK SCHAFFT VERGLEICHBARKEIT UND SICHERT GLEITENDE ÜBERGÄNGE.

Umfassende und konsequente Bildungsreformen hat es in Deutschland – trotz der Erfolge der Bildungsexpansion der 70er Jahre – nicht gegeben. Einzelne Schulen sind erfolgreich, einzelne Länder haben Reformen durchgeführt, doch flächendeckende Neuerungen stehen

aus. Im föderalen System Deutschlands sind die Länder für die Bildungspolitik zuständig. Dabei bleiben Vergleichbarkeit und gleitende Übergänge zwischen den Systemen oft auf der Strecke. Der Kampf um Zuständigkeitsfragen ist der Bevölkerung nicht vermittelbar.

- Die „Zeit“ hat den „ideale[n] Bildungs föderalismus“ wie folgt beschrieben: „Viele Wege ausprobieren, mit Hilfe der Wissenschaft die besten Modelle herausfiltern; diese über Landesgrenzen hinweg in den Alltag möglichst vieler Schulen integrieren“ (Zeit, 8. Mai 2008). Die Länder werden dieser Verantwortung bisher nicht gerecht. Ohne **bessere Abstimmung und Koordination** zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern sind dauerhafte Erfolge in der Bildungspolitik kaum vorstellbar.
- Bildungspolitik kann nicht für sich allein nach Lösungen suchen. Adäquate Lösungen werden nur durch die **Vernetzung** von sozial-, wirtschafts-, familien- und bildungspolitischen Maßnahmen gefunden. Dabei ist die Politik gefragt – aber auch Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände und Kirchen müssen ihren Beitrag leisten.
- Bildungspolitik muss auch aus Sicht der unmittelbar Betroffenen, aus Schüler-, Eltern- und Lehrersicht formuliert werden, um **Akzeptanz** zu finden.
- ▶ Im Norden hat die Zukunft schon begonnen – Bildung und Innovation in den nordischen Ländern (Dokumentation des Berliner Forum für Wissenschaft und Innovation, Februar 2008)

In Kürze: Das Bildungssystem muss früh ansetzen, für alle offen sein, Neugier wecken, den Lernenden (Kinder wie Erwachsene) in den Mittelpunkt stellen, Unterricht und Freizeit verbinden, für Qualität sorgen, Brücken zwischen den Schularten bauen und das Lernen lehren, auch lange über die Schulzeit hinaus. So wird ein jeder in die Lage versetzt, seine eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Mittel für ein solches Bildungssystem bereitstellen.

Berlin, März 2009, Marei John-Ohnesorg